

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

NORDRHEIN-WESTFALEN

8600 Krankenhausbetten sollen stillgelegt werden

Nach einer ganztägigen Anhörung des Landtagsausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales Ende August kann nunmehr der Entwurf des Krankenhausbedarfsplans fertiggestellt werden. Nach der ersten Beratung im Ausschuß im März 1979 sind fast hundert Verbände, Organisationen, Behörden, kreisfreie Städte und Kreise um Stellungnahmen zu dem ursprünglichen Entwurf gebeten worden, die jetzt dem Ausschuß mit zur Beratung vorlagen.

Gesundheitsminister Professor Dr. Friedhelm Farthmann erläuterte bei der jetzigen Ausschußberatung die Änderungen, die sich gegenüber dem ursprünglichen Entwurf ergeben haben. Man sei ursprünglich davon ausgegangen, daß im Akutbereich ein Bettenüberhang von rund 20 000 Betten bestünde, der bis zum 1. Januar 1985 um 9436 Betten vermindert werden sollte. Inzwischen habe sich herausgestellt, daß sich die zum 1. Januar 1985 als bedarfsgerecht ausgewiesenen Betten nicht in dem Maße vermindern, wie ursprünglich angenommen worden war. Aus diesem Grunde erscheint jetzt nur noch eine Bettenreduzierung um 8648 Betten bis Anfang 1985 notwendig. Dabei sei zu berücksichtigen, daß in den Jahren 1976 bis 1978 bereits 3782 Betten stillgelegt worden sind. In der Zeit von 1979 bis Anfang 1985 müßten also nur noch weitere 4866 Betten stillgelegt werden. Minister Farthmann wies die Kritik der Krankenhausgesellschaft sowie der Spitzenverbände der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege zurück, nach der Krankenhäuser mit weniger als 100 Betten einseitig benachteiligt würden und nach der es beabsichtigt sei, das Bettenangebot zum Nachteil der freige-meinnützigen und privaten Krankenhaussträger zu verschieben. Farthmann erklärte dazu, die in

dem Entwurf tatsächlich vorgesehene Verschiebung betrage nur etwa ein Prozent des Bettenbestandes und sei ausschließlich darauf zurückzuführen, daß im Interesse von Lehre und Forschung das Bettenangebot der Universitätskliniken geringfügig erhöht werden müßte. Von seiten der CDU-Fraktion wurde der vorliegende Entwurf kritisiert, weil er unausgewogen und nicht genügend durchdacht sei und weil insbesondere die Folgen seiner Durchführung in verschiedenster Beziehung nicht abzusehen seien, von den Auswirkungen auf die Kosten über die Zukunft der Arbeitsplätze, die vielfältigen Probleme, die man unter dem Stichwort „Humanität im Krankenhaus“ zusammenfassen könnte, bis zu den Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur und die gleichmäßige medizinische Versorgung auf dem Lande. Die CDU-Fraktion könne dem jetzigen Entwurf nicht zustimmen. EB

HESSEN

Bei Klinikbau 75 Prozent der Kosten gespart

Über einen beachtlichen Sparerfolg beim Bau der Psychiatrischen Klinik am Elisabethenstift Darmstadt berichtet das hessische Sozialministerium. Ursprünglich sollte für die vorgesehenen 60 Betten ein Neubau für 8 Millionen DM errichtet werden. Nach intensiven Gesprächen zwischen Elisabethenstift, der Landes-Bauberatungsstelle und dem Sozialministerium wurde die Planung geändert: An die Stelle des Neubaus tritt der Umbau eines Flügels des Elisabethenstiftes, der den gleichen Nutzen erzielt, aber nur knapp 2 Millionen DM kosten wird. Die Ausstattung der Patientenzimmer, der Gemeinschaftsräume und der Einrichtungen für Arbeits- und Beschäftigungstherapie soll eine ebenso gute psychiatrische Versorgung ermöglichen, wie es in dem zuerst beabsichtigten Neubau der Fall gewesen wäre. WZ

PRESSESTIMME

„Klinikum nicht mehr nötig“

„keh – Massive Kritik hat jetzt auch der Bundesrechnungshof an Fehlplanungen, Bauverzögerungen und gewaltiger Kostenexplosion bei der Errichtung des Großklinikums Aachen geübt.

Obwohl die Frankfurter Prüfer nur über die Verwendung der Bundeszuschüsse zu urteilen hatten, kamen sie zu ähnlichen negativen Bewertungen wie vorher schon

Rölnher Stadt-Anzeiger

der NRW-Landesrechnungshof und ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß des Düsseldorf Landtags.

Wegen des ‚Verstoßes gegen haushaltsrechtliche Vorschriften‘ empfahl der Bundesrechnungshof nun der Regierung in Bonn, sich nicht weiter an dem aufwendigen Projekt zu beteiligen. Dessen Notwendigkeit sei heute ‚nicht mehr gegeben‘.

So habe man bei Baubeginn einen Bettenbedarf von 1562 vermutet und sei davon ausgegangen, daß die alte Aachener Uni-Klinik geschlossen werden könne. Dies erscheine aber heute unvertretbar, da der alte Teil wegen der siebenjährigen Verzögerungen beim Bau des neuen Klinikums mit Millionenaufwand modernisiert worden sei.

Hinzu komme, daß auch die früher beabsichtigte Schließung kleiner Krankenhäuser in der Grenzregion aus ‚lokalpolitischen Gründen‘ gescheitert sei, argumentieren die Frankfurter Prüfer.

Unrealistisch sei ferner die Annahme, daß das Aachener Großklinikum Patienten aus Holland, und Belgien bekommen werde.“